

Aufhebung der Einreisesperre gegen einen ehemaligen DDR-Bürger

Übergesiedelten DDR-Bürgern wurde häufig die Einreise in die DDR verwehrt. Im Falle eines Rückkehrers sah die Stasi hingegen davon ab.

1985 riefen SED und Stasi eine Kampagne mit ehemaligen DDR-Bürgern ins Leben, die von der Bundesrepublik in die DDR zurückkehren wollten. So druckte die Partei-Zeitung "Neues Deutschland" unter der Überschrift "Über 20.000 Ehemalige wollen zurück" Aussagen ehemaliger DDR-Bürger: Angesichts von Arbeitslosigkeit und "sozialer Kälte" im Westen würden sie lieber wieder in die DDR zurückkehren. Hatte Ost-Berlin in den 50er Jahren mit ähnlichen Kampagnen noch offensiv für die Zu- und Rückwanderung geworben, sollten nun vor allem Ausreisewillige frühzeitig umgestimmt werden. Zu diesem Zweck wurden in dem Artikel die Zahlen der Rückkehrwilligen weit übertrieben und ihre Lebenswege und Motive teilweise konstruiert. Die Kampagne war eine Reaktion auf den sprunghaft wachsenden Strom von Ausreisewilligen: 1984 hatte die SED in Zusammenhang mit dem Milliardenkredit aus der Bundesrepublik etwa 30.000 Menschen ausreisen lassen.

Bei ihrer Wiederaufnahme überprüfte die Stasi die politische Zuverlässigkeit der West-Ost-Migranten vor wie auch nach der Ankunft, entschied über die Aufnahme und bereitete die Rückkehrer auf öffentliche Auftritte und Interviews vor. Auch ein 1984 in die BRD übergesezelter ehemaliger DDR-Bürger war unter diesen Rückkehrern.

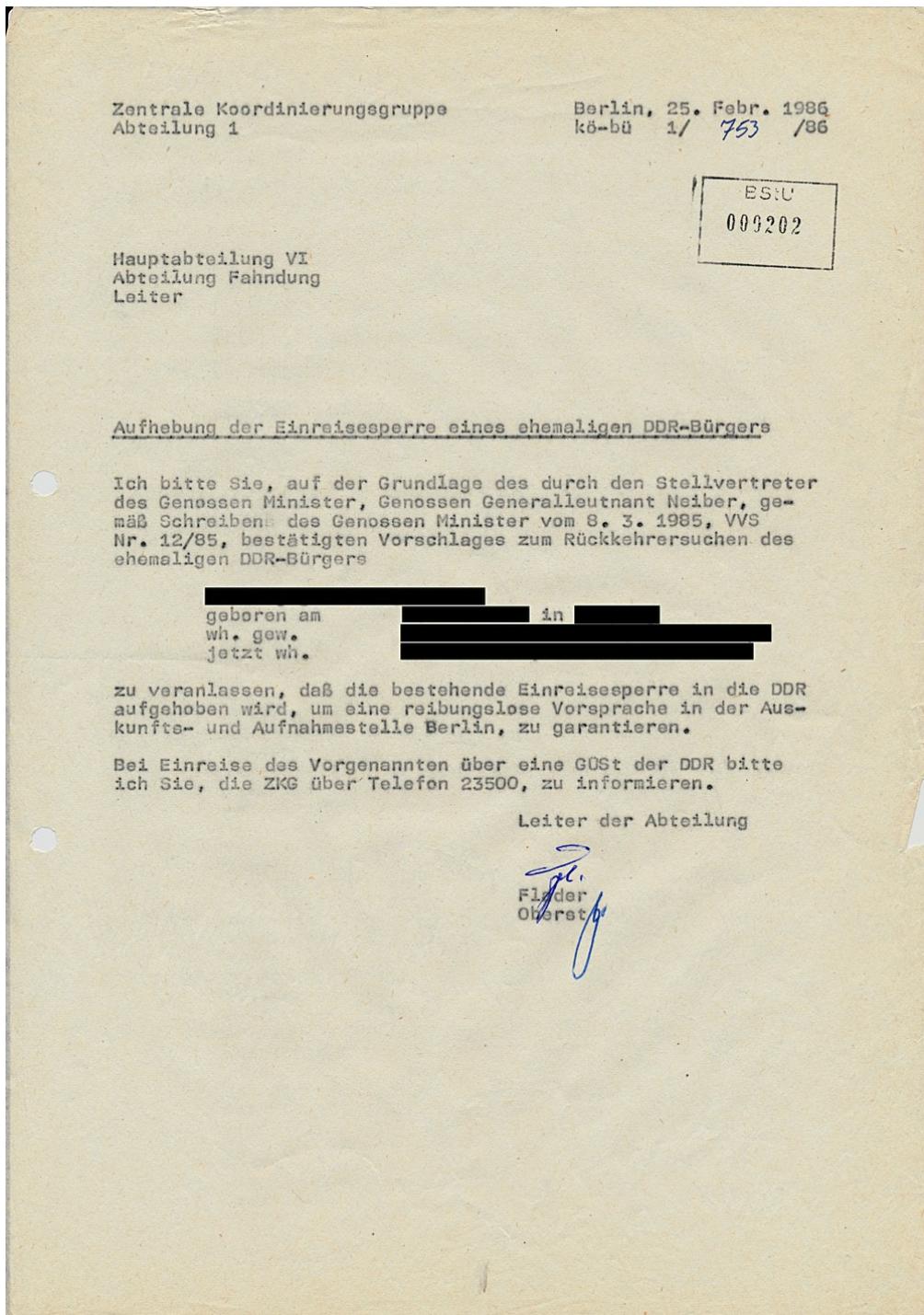
Im vorliegenden Brief bat die ZKG die Abteilung Fahndung der HA VI, die Einreiseperre für diesen Rückkehrer aufzuheben, damit er im Zentralen Aufnahmehaus (ZAH) in Röntgental besser "durchleuchtet" werden konnte. Vielen anderen Übersiedlern wurden Kontakte in die DDR erschwert.

Signatur: BArch, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 202

Metadaten

Diensteinheit: Zentrale Koordinierungsgruppe, Abteilung 1 Datum: 25.2.1986

Aufhebung der Einreisesperre gegen einen ehemaligen DDR-Bürger



Signatur: BArch, MfS, ZKG, Nr. 3791, Bl. 202

Blatt 202